

presse

Koalition schreckt vor wirksamen Maßnahmen gegen Banker-Boni zurück

Zur heute vom Bundeskabinett verabschiedeten Regelung zu den Banker-Boni erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Nichts Neues bei den Banker-Boni von der schwarz-gelben Koalition: Zwischen der von Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt und vehement geübten Kritik an den Wahnsinns-Boni für Banker und dem heutigen Kabinettsbeschluss klafft eine riesige Lücke. Merkels Worte und ihre Taten passen wieder einmal nicht zusammen, erklärt Joachim Poß.

Die heute vom Bundeskabinett verabschiedeten neuen Regeln bringen keine wesentlichen Neuerungen gegenüber den bereits im vergangenen Jahr von der damaligen Großen Koalition beschlossenen Neuregelungen bei Managervergütungen. Sie bleiben auch weit hinter den andernorts, zum Beispiel in Großbritannien, ergriffenen Maßnahmen zurück.

Zwischen der von Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt und vehement geübten Kritik an den Wahnsinns-Boni für Banker und dem heutigen Kabinettsbeschluss klafft eine riesige Lücke. Merkels Worte und ihre Taten passen wieder einmal nicht zusammen.

Nach wie vor weigert sich die Union, die Gewährung überzogener Boni zum

Beispiel durch eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit Firmen unattraktiver zu machen, wie es die SPD seit langem fordert. Ohne auch finanziell spürbare Folgen überhöhter Bonus-Zahlungen werden die Unternehmen und gerade die Banken von dieser Praxis kaum abzubringen sein.